

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 655

Mittwoch, 2. Mai 2018

25. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Geht es der Regierungspartei FCN-Nación jetzt an den Kragen?.....	1
Was der Präsident dazu sagt.....	2
Update: 25. April: Zeuginnenaussage über Details der Wahlkampffinanzierung der FCN Nación.....	2
Vor der Entscheidung über die GeneralstaatsanwältIn: Die sechs KandidatInnen.....	3
KandidatInnen für GeneralstaatsanwältIn stehen Indigenen Rede und Antwort.....	3
Letzte Meldung in Sachen neue GeneralstaatsanwältIn: Das Verfahren stockt.....	4
Allerletzte Meldung: Álvaro Arzú gestorben.....	4
Die Kosmovision der Maya ist mehr als das Wissen über den Nahual des Tages.....	4
Codeca: Der Schrecken der Oligarchie?.....	5
Educate - Die Kolumne von Domi Ortíz Matías: Das Leben in der RückkehrerInnengemeinde.....	6

Geht es der Regierungspartei FCN-Nación jetzt an den Kragen?

Guatemala, 19. April - FCN-Nación informierte einst die Oberste Wahlbehörde (TSE) über Spendeneinnahmen für ihren Wahlkampf in Höhe von 3 Millionen Quetzales (= 330.000 Euro), aber es ist laut Ermittlungsergebnissen der Staatsanwaltschaft und der CICIG wahrscheinlich, dass die Partei mindestens zweieinhalbmal so viel Geld aus privaten Quellen bekommen hat. Die Staatsanwaltschaft (MP) wird beim TSE die Zwangsauflösung der Partei Frente de Convergencia Nacional (FCN- Nación) wegen Finanzierung aus unbekannter Quelle stellen. Das teilte die Generalstaatsanwältin, Thelma Aldana, am letzten Donnerstag auf einer Pressekonferenz mit. Neue Ermittlungsergebnisse hätten erhellte, dass die Partei zwischen dem 1. Januar 2015 und 1. Januar 2016 ihrer Verpflichtung verletzt habe, jene Einnahmen, die sich als Beiträge aus unbekannter Quelle herausstellten, der TSE offenzulegen.

Ein solches Verfahren zu einem Zwangsauflösung einer Partei werde nach Auffassung der MP durch das Wahl- und Parteiengesetz ermöglicht, nach dessen Artikel 21, Punkt G, eine Partei dann aufgelöst werden könne, wenn diese die Regelungen über die Finanzierung politischer Organisationen nicht einhalte. Das BürgerInnenregister der TSE werde innerhalb von 30 Arbeitstagen eine Anhörung anberaumen können, um jene Fakten, die der Grund für den Antrag auf Zwangsauflösung bilden, zu klären. Auf dieser Anhörung kann die Partei Beweise zu ihrer Entlastung einbringen. Sofern notwendig, wird das BürgerInnenregister der TSE innerhalb einer Frist von 30 Arbeitstagen darüber befinden, ob die Dokumente, die sie erhalten hatte, überzeugt haben. Ist die Frist abgelaufen, so wird die Abteilung der TSE innerhalb von 10 Tagen über den Fall entscheiden. Der Weg zu einer Zwangsauflösung der Partei FCN-Nación wird davon abhängen, wie der Antrag der MP gegliedert sein wird, weil die RichterInnen der TSE nach genau diesem Verfahren vorgehen müssen. Wenn die TSE eine Zwangsauflösung ausspricht, dann kann die Partei einen Widerspruch einlegen. Sofern dieser abgewiesen wird, bleibt der Weg einer Nichtigkeitsklage. Beide Verfahren werden vom Direktor des BürgerInnenregisters entschieden. Fallen diese negativ aus, kann noch Berufung eingelegt werden, welche von den RichterInnen der TSE beurteilt wird. Sollte auch die Berufung abgewiesen werden, bleiben Klagen vor dem Obersten Gerichtshof – und danach könne es auch bis zum Verfassungsgericht gehen.

In einer kurzen Presseerklärung nannte der Fraktionschef der Partei, Javier Hernández, die Ermittlungen der MP „einen politischen Angriff“.

Was der Präsident dazu sagt

(19. April) Das Präsidentschaftsamt hat zu den Ermittlungen, die der Regierungspartei vorwerfen, 2015 illegale Wahlkampfspenden genutzt zu haben, Stellung genommen, da Präsident Jimmy Morales als damaliger Generalsekretär der Partei direkt bei den Vorwürfen angesprochen ist. Der Sprecher des Präsidenten, Heinz Hiemann, sagte, dass (...) Morales zur „nationalen Einheit“ aufgerufen habe und nicht „Verleumdungen und Polarisierungen“ gesucht werden sollten. Hiemann erklärte, dass die Pressekonferenz von MP und CICIG, in der sie ihre Erkenntnisse über die mutmassliche illegale Wahlkampffinanzierung der Regierungspartei darlegten, gezeigt habe, dass die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen seien. Er hoffe jedoch sehr, dass dieser Abschluss bald erfolgen werde. (...) Laut Regierungssprecher sei Morales damit beschäftigt, die KandidatInnen für das Amt der Generalstaatsanwältin zu sondieren. „Es ist auffällig, dass sie gesagt hatten, dass sie ähnliche Informationen auch über andere Parteien gehabt hätten. Am Ende aber reden sie nur über die Regierungspartei. Es hatte niemals Anschuldigungen jedweder Art gegeben, sie behalten sich offenbar das Recht vor, Anträge zu stellen, bevor ihre Ermittlungen abgeschlossen sind“, sagte Hiemann. Es gebe einem zu denken, was da passiert ist, da sich erst kürzlich die Oberste Staatsanwältin, Thelma Aldana und der Leiter der CICIG, Iván Velásquez, in einem Hotel mit UnternehmerInnen getroffen hätten, um an einem Projekt zu arbeiten. „Man kann nun sehen, worüber sie da gesprochen haben und wie der Hinweis auf der Pressekonferenz zustande gekommen ist, dass da UnternehmerInnen aussagen werden. Wir hoffen, dass die Ermittlungen erst einmal beendet werden und sie dann nachvollziehbare Argumente haben“. Vielleicht wüssten MP und CICIG bereits „das Ende der Soap“, frage Hiemann mit ironischem Unterton.

Update: 25. April: ZeugInnenaussage über Details der Wahlkampffinanzierung der FCN Nación 2015

Eine Aussage bestätigt, dass während des Präsidentschaftswahlkampfes 2015 mehr als 8 Millionen Quetzales in die Kassen der FCN Nación geflossen seien. Die MP präsentierte als Beweisantrag die Aussage von Paulina Paiz Riera in der ersten Anhörung zur Wahlkampffinanzierung der Regierungspartei. Diese gewährt detaillierte Einblicke über die Wege, über die UnternehmerInnen die Partei finanziell unterstützten. Schon während der Ermittlungen hatten Paiz Riera und ihre Kollegin, Olga Méndez López, am 26. Februar 2018 erklärt und durch Dokumente und Belege untermauert, wie die Finanzierung des Wahlkampfes von Jimmy Morales abgelaufen sei. Demnach habe ein Unternehmen namens Novaservicios S.A. Geld von einigen UnternehmerInnen angenommen und an die Partei überwiesen. Insgesamt seien dies 8.038.539,66 Q (= 884.250 Euro) gewesen, die für den Wahlkampf der ersten und zweiten Runde verwendet wurden. José Andrés Botrán, der ex-Sekretär im Präsidentschaftsamt, zuständig für Ernährungssicherheit, und Rodrigo Arenas, ex-Exekutivdirektor der Nationalen BürgerInnenbewegung, traten ebenfalls vor Richterin Éricka Aifán auf, beide werden von MP und CICIG der illegalen Parteienfinanzierung beschuldigt. Beide hörten zunächst die Aussage von Paiz Riera, aber die Anhörung wurde beendet, bevor sie ihre eigene Aussage machen konnten.

Botrán hat mutmasslich Anweisungen gegeben, um die Zahlung an jene Präsidiumsmitglieder oder andere Vertrauenspersonen der Partei zu ermöglichen, die die Zahl der abgegebenen Stimmen an den Wahltagen der ersten und zweiten Runde der Präsidentschaftswahl überwachen.

Laut MP hatte Arenas seine Nähe zu UnternehmerInnen dazu gebraucht, um die Einnahmen, die genutzt wurden, um die FunktionärInnen zu zahlen, einzuwerben, zu verwalten und zu koordinieren. Auch wird angenommen, dass er die Kontaktperson war zwischen einer Gruppe von UnternehmerInnen und dem damaligen Präsidentschaftskandidaten, Jimmy Morales, und derjenige war, der jene Treffen organisierte, in denen die Unterstützungsleistungen, die FCN-Nación erhalten werde, vereinbart wurden. Und schliesslich war es Arenas, der zwei What'sApp-Gruppen gegründet hatte, eine hiess „SVR Nova“, die andere „Factura Pendiente“ (= „offene Rechnung“, d.Red.). Über diese koordinierte er die Zahlungen aus den Beständen der UnternehmerInnen. Laut der ZeugInnenaussage, habe Morales die UnternehmerInnen gebeten, die Beiträge anonym zu leisten, weil die Partei nicht mehr Einnahmen gegenüber der TSE angeben könne. Allerdings sei eine solche Praxis – nach Auffassung von MP – dem Delikt der illegalen Wahlkampffinanzierung zuzuordnen. Um ihr Ziel zu erreichen, mussten die wirtschaftlichen Beiträge der Gruppe der UnternehmerInnen über das Unternehmen Novaservicios, S.A. abgewickelt werden und von diesen an die tausenden lokalen FunktionärInnen der Partei gezahlt werden, die an den beiden Wahlgängen beteiligt waren.

Kronzeugin

In der Anhörung antwortete Paiz auf die Frage der Richterin, warum sie sich zu Aussage entschlossen habe, mit „weil es so richtig ist“. Danach gab sie zu, dass ihre Aussage sich gegen Familienangehörige richten können. In ihren Ausführungen sagte die Zeugin, dass sie aus einer Familie von UnternehmerInnen stamme und „die Verpflichtung gespürt habe, etwas für das Land zu tun“. Sie habe selbst keinen persönlichen Vorteil aus ihren Beiträgen für die Wahlkampagne gezogen. „Im Jahre 2015 gab es viele Demonstrationen von BürgerInnen wie noch nie zuvor und wir wollten etwas für das Land tun“, sagte Paiz. Unter den UnternehmerInnen, die letztlich aufgehört hatten, etwas für die Wahlkampagne zu spenden, habe es „die generelle Angst gegeben, wer denn wohl der nächste Präsident sein könnte“. „Wir hatten ja KandidatInnen, die in den Drogenhandel verwickelt waren“, erläuterte Paiz. Sie sagte weiter, dass diese UnternehmerInnen-Gruppe glaubte, dass Morales sauberer sei als die anderen KandidatInnen. Daher lud diese Gruppe den damaligen Generalsekretär der Partei FCN-Nación zu einem Treffen ein. „Das Treffen war sehr informell. Es ging erst einmal darum, seine Pläne kennenzulernen“, sagte Paiz. „Wir hatten den Eindruck, dass es ein guter Mann sei, der gut vorbereitet ist.“

Laut der Zeugin, war sie es, die die Idee hatte, die Firma Novaservicios, S.A., ein Unternehmen, das einem Familienangehörigen von ihr gehörte, dafür zu nutzen, um Mitarbeiter der Partei und die lokalen Schatzmeister zu zahlen. „Wir wollten das gesetzestreu machen und Steuern zahlen“, versicherte sie. Paiz sagte, dass es unter der Gruppe der UnternehmerInnen einige gegeben habe, die nicht damit einverstanden waren, die Dinge „unterhalb gesetzlicher Grenzen“ zu tun. „Jimmy Morales wurde als ein engagierter Kandidat wahrgenommen, der nicht kompromittiert werden sollte“, erklärte Paiz.

Vor der Entscheidung über die GeneralstaatsanwältIn: Die sechs KandidatInnen

Guatemala, 23. April – Die sechs verbliebenen KandidatInnen für den Posten der GeneralstaatsanwältIn – vier Frauen und zwei Männer – haben sich auf einem öffentlichem Forum der Vereinigung der berufsständischen Kammern vorgestellt. Deren Präsident, der Psychologe Walter Gudiel, wies noch einmal auf die Bedeutung dieses Postens hin, rief dazu auf, die Interessen der Gemeinschaft zu achten und niemanden gegenüber anderen zu bevorzugen. Alle Berufsverbände, die er vertrete, würden sich für dieses Ziel engagieren und ihre Mitarbeit anbieten, sagte er weiter. Die KandidatInnen konnten in jeweils drei Minuten ihre Arbeitsschwerpunkte darlegen:

- Brenda Muñoz wies dabei auf die Bedeutung des Kampfes gegen Schutzgelderpressung, die jede/n BürgerIn bei sich zu Hause treffen könne.
- Die Richterin Patricia Gámez bezog sich auf die Verbesserung der Ermittlungsmethoden der MP.
- Verónica Ponce legte ihren Schwerpunkt auf die technische Ausstattung der Arbeit der MP.
- Consuelo Porras fordert zum ursprünglichen Modell einer StaatsanwältIn zurückzukehren, der oder die sowohl die Ermittlungen durchgeführt als auch deren Ergebnisse vor Gericht vermittelt.
- Der Richter Miguel Gálvez erinnert an die Möglichkeit, alternative Konfliktlösungen anzuwenden, damit die StaatsanwältInnen sich auf die Ermittlungen von komplexeren Fällen konzentrieren könnten.
- Estuardo Melchor wies auf die Bedeutung dessen hin, dass jede Volksgruppe Zugang zur Justiz erhalte und erlebe, dass sich die Institutionen der Justiz im Lande weiter verbreiten.

Ein Streitpunkt folgte aus dem Beitrag von Miguel Gálvez, der es wenig wahrscheinlich nannte, dass Präsident Jimmy Morales die Verlängerung der Arbeit der CICIG beantragen werde. „Die guatemaltekischen StaatsanwältInnen wären in dem Fall die Dummen“, sagte Brenda Muñoz über eine mögliche Nicht-Verlängerung des Mandats der CICIG. (EP)

KandidatInnen für GeneralstaatsanwältIn stehen Indigenen Rede und Antwort

Guatemala, 25. April – Die traditionellen Autoritäten der Mayas, Xincas und Garífunas kamen diesen Dienstag mit jenen KandidatInnen zusammen, die die Staatsanwaltschaft (MP) für die kommenden vier Jahre leiten wollen. Sie wollten deren Positionen in Bezug auf den Kampf gegen Korruption und Straffreiheit, aber auch über die Koordination zwischen den staatlichen Institutionen und den traditionellen Autoritäten erfahren.

Von den sechs Personen, die die Berufungskommission dem Präsidenten zur Entscheidung über den Posten vorschlug, fehlte bei der Veranstaltung nur María Consuelo Porras, während Brenda Dery Muñoz, Miguel Ángel Gálvez, Patricia Elizabeth Gámez, Gladys Verónica Ponce und Edgar Melchor Solórzano auf dem Plenum erschienen waren.

Diskussion über die Anerkennung der indigenen Völker

Jede/r gab ihre jeweiligen Einschätzungen zu diesem Thema wider: So sagte Gladys Ponce, dass es Themen gebe, die zu priorisieren seien. Ihrer Ansicht nach würden die Sekretariate und Abteilungen zu indigenen Völkern nicht geschaffen, um diese zu diskriminieren, sondern um auf deren Probleme hinzuweisen. Dagegen wies Miguel Ángel Gálvez darauf hin, „dass in Guatemala die Konvention 169 der ILO Gesetzeskraft besitzt und also beachtet werden muss. Nach meiner Erfahrung als Richter gehört die Kriminalisierung der traditionellen Autoritäten nicht nur zur Politik des MP, sondern es gehört zur Politik des Staates, Proteste zu kriminalisieren, und zur Politik der Industriellen“.

Auf die Frage, was er als erstes tun würde, wenn er Oberster Staatsanwalt wäre, sagte Estuardo Melchor, der aktuell im MP arbeitet, dass „er die Autonomie der MP und die Unabhängigkeit des Generalstaatsanwaltes stützen würde und das Prinzip der Objektivität eine Priorität einräumen“. Auf die selbe Frage antwortete Brenda Muñoz „Engagement für die Menschenrechte“ und Patricia Gámez möchte ein Staatsanwältin sein, die für alle zugänglich sei.

Forderungen der traditionellen Autoritäten

Die traditionellen Autoritäten stellten einen Forderungskatalog auf, den Rigoberto Juárez, Mitglied der „plurinationalen Regierung der Alten“ vorstellte. „Wir brauchen dringend ein Treffen mit der oder dem neuen GeneralstaatsanwältIn, um in weiteren Treffen die Sorgen der indigenen Völker zu besprechen – und zwar eben direkt mit diesem oder dieser und nicht mit irgendwelchen RepräsentantInnen.“ (*Gemeint ist wohl das Sekretariat zu indigenen Völkern, d.Red.*)

Zeitmatrix und rechtliche Aktionen gegen den Auswahlprozess

Nach der Zeitmatrix der Berufungskommission können am 26. und 27. April Bedenken gegen irgendeine/n der KandidatInnen eingereicht werden. Am 30. April soll dann die Entscheidung des Präsidenten bekannt gegeben werden. Von den vielen Anträgen an das Verfassungsgericht, die sich gegen den Auswahlprozess der GeneralstaatsanwältIn richteten, wurden bisher zwei abgelehnt, wobei die Begründung noch nicht bekannt ist. Am 13. April hat Ramón Cadena von der Internationalen Kommission der JuristInnen (CIJ) den letzten Antrag auf eine Aussetzung des Prozesses gestellt, weil dieser – angesichts der Fehler, die in weiten Teilen der Sitzungen gemacht worden seien – eine Bedrohung des Rechtsstaates sei. (Prensacomunitaria.org)

Letzte Meldung in Sachen neue GeneralstaatsanwältIn: Das Verfahren stockt

Guatemala, 30. April – Die Ernennung eines/einer neuen GeneralstaatsanwältIn wird sich verzögern. Aufgrund einer einstweiligen Verfügung des Anwalts Victor Molina Franco gegen das Verfahren, stockt das Verfahren. Franco argumentierte, dass einige der etablierten Anforderungen für die Auswahl durch das Berufungskommission illegal gewesen seien, da die Verfassung nur vier Anforderungen in der Ausschreibung vorgesehen habe. Obwohl es noch keine offizielle Bestätigung dafür gibt, gehen einige derjenigen, die in dem Verfahren involviert waren, davon aus, dass die einstweilige Verfügung von Molina Franco vom Verfassungsgericht angenommen werden könnte. Wenn dem so wäre, bestünde das Risiko, dass bis zur offiziellen Amtsübergabe am 17. Mai noch keine neue GeneralstaatsanwältIn ausgewählt worden ist. Einige sagen auch, dass Jimmy Morales nicht sehr erfreut ist, aus den sechs KandidatInnen zu wählen, sondern lieber andere hätte. Der Kampf geht also weiter. (PL)

Allerletzte Meldung: Álvaro Arzú gestorben

Guatemala, 30. April. Am 27. April ist der amtierende Bürgermeister der Hauptstadt und ehemalige Präsident des Landes, Álvaro Arzú im Alter von 72 Jahren gestorben. Im nächsten Heft wird es einen Nachruf und Kommentare zu einer Bedeutung für das Land geben (LH).

Die Kosmovision der Maya ist mehr als das Wissen über den Nahual des Tages

Guatemala, 25. April – (...) In den letzten Jahren hat sich ein Boom bezüglich der Maya-Spiritualität entwickelt, der sich freilich auf das Nutzen des Cholq'ij (also des traditionellen Zeremonialkalenders) verengt. Diesen für den Alltag zu nutzen ist nicht das Problem: Es gibt Tage, um Probleme zu lösen, um eine Reise zu starten, um Rat und Weisheit zu fragen. Das Problem ist, nur auf dieses Element zu schauen und dieses von der sonstigen Realität abzukoppeln. (...) Ohne Frage ist die Kosmovision (...) die Vorstellung der Mayavölker von der Welt. Sie ist eine Lebensweise, die damit zu tun hat, welche Vorstellung die Frauen und Männer der Mayas vom Leben, vom Universum, vom Anderen (im gemeinschaftlichen Sinne) und von den anderen Elementen der Natur und der Tierwelt haben. Diese einfach als spirituell anzusehen oder eben einfach im Chol'qij nachzuschlagen, nimmt ihr den wichtigsten Sinn – die Zugehörigkeit zu allem. In den Gemeinden, in denen der Bürgerkrieg es nicht vermocht hat, die sozialen Beziehungen zu zerstören, leben die Personen ganzheitlich nach ihrer Kosmovision, selbst wenn es ihnen gar nicht immer bewusst ist – weil sie diese Beziehungen mit dem allen praktizieren. Die sozialen Beziehungen vereinen sich in der spirituellen Praxis und das bedeutet, sich nicht auf die Seite des Individualismus ziehen zu lassen und für das Wohl der Gemeinschaft zu arbeiten. Diese Praxis hat ihren Sinn, weil dort der Ort ist, wo eine gemeinschaftliche Vereinigung mit dem Nahual (der Spiritualität) stattfindet, aber auch die mit den Nachbarn. Sie wissen, wie man ihnen hilft, wenn es notwendig und erforderlich ist. Gemeinsam den Wald schützen, die Tiere gut zu behandeln und zu beschützen.

Nur zu den “tabales” (Maya Altaren) zu gehen und ein paar Zeremonien zu vollführen, ist nicht eine Kosmovision leben, sondern sie ist nur ein Teil einer Spiritualität. Sie macht Folklore aus dem Sinn der dort dar gebrachten Gaben. Ganzheitliche Spiritualität bedeutet, den Pixab' zu nutzen, um im Lichte der Vorfahren um Rat zu bitten. Wenn die Gemeinden sich versammeln, um Pixab' zu feiern, nehmen alle teil, vor allem aber die ganz Alten, und sie engagieren sich in Angelegenheiten, die das Allgemeinwohl betreffen, etwa die Einführung von sauberem Wasser oder die Verteidigung des Landes. Hierdurch entsteht erst der Sinn und dadurch findet eine Integration der Spiritualität in die Realität des grossen Ganzen statt.

Die Ajq'ijab' oder spirituellen Führer sagen, wenn eine Person sich nähere und Rat über eine persönliche Angelegenheit erfrage, werde es keine vollständige Antwort geben, wenn sie sich nicht frage, wie ihr Engagement für die Belange der Gemeinde aussehe. Das ist schwierig in der Stadt, aber nicht unmöglich. Wir müssen unsere persönliche Interessen mit denen unserer Nachbarn in Beziehung setzen. Ermutigen wir uns, ganzheitlich nach unserer Kosmovision zu leben? Oder bleiben wir in flacher Spiritualität? Hoffentlich dienen diese Worte dazu, eine Diskussion zu eröffnen und uns an die heiligen Worte aus dem Popol Vuh zu erinnern: “Sie reden, beraten sich untereinander, denken nach; sie einigen sich, vereinen ihre Worte und ihr Denken.“ (Julio David Menchú, Nómada)

Codeca: Der Schrecken der Oligarchie?

Guatemala, 25. April – Während der spanischen Conquista war der einzig gute Indio ein toter Indio. Für die koloniale Elite, ob Criollo oder Mestizen, war eine indigene Person ein Wesen, aber kein Subjekt. Für die „BürgerInnen“ der zweihundertjährigen mestizischen Republik ist eine indigene Person nur dann gut und wohl gelitten, wenn sie als folkloristischer, ja quasi archäologischer Hintergrund des globalen postmodernen Kommerzes fungiert. In dem Moment, in dem die Indigenen aufstehen, um sich als Subjekte zu begründen, dann halten die „BürgerInnen“ von links bis rechts sie für Verbrecher, Faulenzer oder Ungebildete ...

Am 24. April haben zehntausende Indígenas und BäuerInnen, Mitglieder der sozialen Bewegung Komitee für bäuerliche Entwicklung (Codeca), aufgeteilt in vier grosse Reihen, wie menschliche Schlangen im Zickzack den Parque Central der Hauptstadt der Eliten eingenommen. Das Herz der politischen und wirtschaftlichen Macht des Landes. Die Parole lautete „Weg mit der Regierung, den UnternehmerInnen und den korrupten Militärs. Wir wollen den Weg zu einer plurinationalen Verfassung.“ Da waren Untergebene im Aufstandsmodus präsent, die überaus unzufrieden mit der muffigen, korrupten Oligarchie der Chapines sind und diese kennzeichnen als eine Regierung der KomikerInnen, die das Land nach zweijähriger Amtszeit in einen Zirkus des schlechten Geschmacks verwandelt habe.

Es ist nicht das erste Mal, dass das Zentrum der Stadt besetzt wird, noch ist die Forderung neu. Die Mitglieder von Codeca sprechen sich im Namen von hunderten Gemeinden bereits seit 2012 für die Idee einer Verfassungsgebenden Versammlung aus. Damit die „BürgerInnen“ das zu Hören bekommen – ob sie denen auch wirklich zuhören, ist eine ganz andere Sache. Was also ist neu?

Die Gemeinden im Widerstand, die sich in Codeca ausdrücken, haben sich praktisch konstituiert und aus den verschiedensten Winkel des Landes eine soziale Bewegung der Gegenmacht und des organisatorischen Willens zum Wandel geformt. Bis in die Hauptstadt hinein gibt es Zellen der Bewegung. Diese organisatorische Fähigkeit hat bei den StädterInnen die Angst vor den „aufständischen Indios“, die aus den Bergen kommen, um die Stadt zu erobern, reaktiviert.

Was ihnen Angst macht ist die Forderung nach einem neuen sozialen Pakt und den Aufbau eines plurinationalen Staates. Diese Idee führt zu einer existenziellen Verunsicherung. Die muffige Oligarchie und ihre Gefreiten können nicht ohne den Handel mit der einen Nation, die die indigene Bevölkerung ausplündert, leben. Sie fürchten um ihre zweihundertjährigen Privilegien. Was sie panisch macht ist die Idee, sich zu einer partizipativen Demokratie zu wandeln. Und Codeca stellt ihre Forderungen mit immer grösserer Klarheit und Tiefe. Sie fürchten Codeca, weil in den 197 Jahren der republikanischen Geschichte Guatemalas noch niemals die indigene Bevölkerung und die BäuerInnen es gewagt hatten, ihre eigene politische Organisation zu gründen, um an der Macht der Oligarchie zu rütteln.

Ja, es gab linke politische Parteien oder eine Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú, aber noch nie gab es eine solche Bewegung, die direkt aus den Völkern heraus entstand. Die politische Bewegung für die Befreiung der Völker (MLP) ist ein unvollendetes Projekt der Gemeinden im Widerstand. Und wie es scheint hat sie sehr klare Ziele. Was ihnen Angst macht, ist, dass sich Stadt und Land hinter der Forderung von Codeca vereinigt, weil es ausser der lustlosen Unzufriedenheit der Städte keine alternativen Vorschläge für strukturelle Veränderungen im Land gibt. Was ihnen Angst macht, ist, dass diese Bewegung sich auf Selbstverwaltung besinnt und ohne internationale Zusammenarbeit wirkt. Und die weiss, dass die Dynamik der Bewegung nicht gekauft werden kann oder NROisiert (wie die ganzen anderen indigenen und BäuerInnenorganisationen des Landes).

Es schmerzt sie, dass Codeca ausserhalb und sogar trotz des Wissens der AkademikerInnen in ihren Universitätscampus voranschreitet. Die Forderungen dieser Bewegung, die nun das Interesse der städtischen und der ländlichen Unzufriedenen erreicht, stammen nicht aus den Zentren der Forschungen und akademischen Hegemonien. Und auch die politisch linke Form des Neoliberalismus hat keinen Beitrag zum „theoretischen Überbau“ der Bewegung geleistet.

Was ihnen Angst macht, ist, dass die Codeca-Bewegung durch die Kriminalisierung ihrer Aktivitäten gewachsen ist und weiter wächst. Sie definiert sich als Bewegung der MenschenrechtsverteidigerInnen. Gegen alle Diffamierungen in den Medien hat sie ihre eigenen Medien aufgebaut und damit ihre Forderungen in die Gesellschaft getragen. In den letzten Jahren hat Codeca sich in diesem sich dank der ausufernden Korruption immer mehr verdüsternden Land nicht nur zu einem Sprachrohr des kollektiven Willens von kollektiven Subjekten des Wandels entwickelt, sondern zu einem Sprachrohr für die Idee, strukturelle und tiefgreifende Veränderungen tatsächlich umsetzen zu können.

Was die greise Oligarchie so überaus unbehaglich fühlen lässt ist, dass sie diese Codeca nicht kaufen können. Dass sie auf dieses ganze Arsenal an Medien und MeinungsmacherInnen zählen, aber diese Bewegung nicht indoktrinieren, nicht deren Willen zur Gegenmacht brechen können. Darum fühlen sich die KleptokratInnen so unbehaglich. (Prensacomunitaria.org)

Educate - Die Kolumne von Domi Ortíz Matías: Das Leben in der RückkehrerInnengemeinde

Unsere Kolumnistin ist am 8. April 1995, kurz vor ihrem 23. Geburtstag, auf die Finca El Quetzal, Landkreis La Libertad, Petén zurückgekehrt. Sie war zuvor fast 15 Jahre im mexikanischen Bundesstaat Quintana Roo.

Der Redakteur der ¡Fijáte! hat 1995 seine Diplomarbeit u.a. über die Organisation dieser Rückkehr geschrieben und sie dabei kennengelernt. Domi hat einige Jahre dort gewohnt, bevor sie Lehrerin in Sayaxché wurde. Ihre Eltern und einige Geschwister leben auf der Finca. Hier berichtet sie darüber, wie das Leben dort ist – 23 Jahre nach der Rückkehr.

So wie ich es wahrnehme, wenn ich meine Familie in der Kooperative Unión Maya Itzá besuche, ist diese Gemeinde weiterhin in ihre Mehrheit aus RückkehrerInnen-Familien zusammengesetzt, die einmal aus Guatemala flohen, um während des Bürgerkrieges ihr Leben zu retten. Nachdem sie viele Jahre Flüchtlinge in Mexiko waren, wuchs der Gedanke, vor allem unter den Erwachsenen, in ihr Land zurückzukehren. So begann ein langer Prozess der Vorbereitung der Rückkehr, ein langer Prozess, um zu überlegen, wie man sich als neue BürgerInnen einfügen können. Zu diesem Zwecke wurden die RepräsentantInnen gewählt, die Ständigen Kommissionen (CCPP), die beständig mit der Regierung und mit den BesitzerInnen von Fincas verhandelten, um ein Land zu finden für diese Personengruppe. Es gab nur wenige, die an der Vorbereitungen aktiv teilnahmen, oder sich fragten, wie denn das Verhalten der Bevölkerung in ihrem neuen Ort aussehen sollte, einem Teil des Petén, eines Waldes mit vielen Bäumen. Sie organisierten die Rückkehr ganz wunderbar, es gab viele Komitees, zum Beispiel für die Jugend, die Frauen, die Religiösen, die Hebammen, die Bildung. Jedes musste dafür sorgen, dass während der Rückkehr alles gut läuft. So war es, alles lief wie am Schnürchen. Aber wie bei jedem Wandel gibt es auch IdiotInnen. Diese Organisation von früher begannen wirklich gut zu arbeiten. Die Familien wurden dafür sensibilisiert, auf die Natur zu achten. Das funktionierte anfangs richtig gut. Es gab einen Plan zur Nachhaltigkeit in Bezug auf die Landnutzung, weil die Mehrheit der Leute ja BäuerInnen waren – dabei ist das Land im Petén eben Wald und nicht wirklich für die Landwirtschaft geeignet.

Heute haben die Familien, die die Kooperative Unión Maya Itzá bilden, ihre gemeinsame Vision verloren. Vielleicht wegen eines zu grossen Ehrgeizes, wegen der Armut, wegen der Ignoranz der Söhne und Töchter, die nun neue GenossInnen sind. Einige haben das Land, das ihnen gegeben wurde, verkauft. Jetzt haben sie nichts mehr und lassen es zu, dass Leute mit grossen Ehrgeiz hereinkommen, um die Länder zu hamstern, viele Bäume zu fällen, um Platz für Viehzucht zu erhalten. Das wird Unruhe in vielen Familien hervorrufen, aber andererseits können sie auch nichts machen, weil die, die Ressourcen plündern, sagen, dass ist ihr Land. Für viele von ihnen ist Viehzucht ein echter Entwicklungsschritt. Bis heute hat sich El Quetzal wenig entwickelt. Es wurden wenige Projekte durchgeführt, die das Leben wirklich verbessert hätten. Die Bildung ist nicht herausragend (*eine Primar- und eine Sekundarschule, Stand: 1999, d.Red.*), die Familien geben sich damit zufrieden. Ich frage mich, was ist hier los? 2003 bin ich hier fortgezogen, um mir eine Arbeit ausserhalb zu suchen, habe studiert, mich als Lehrerin fortgebildet, war kurz im Bildungsministerium und habe nun meinen Platz gefunden.

Wenn ich nicht aus El Quetzal fortgezogen wäre, wäre ich nicht vorangekommen. Es gibt dort nur sehr wenige Leute mit Universitätsabschluss, meist irgendetwas technisches. Das liegt natürlich daran, dass El Quetzal ziemlich abgelegen ist, aber das ist es nicht allein. (...) Auch wenn es ein paar Leute gibt, die gegen den Strom schwimmen, also, die nicht vergessen haben, wie sie die Rückkehr organisiert haben. Vielleicht werden sie aus Rücksicht auf diese Personen nicht die Kooperative insgesamt verkaufen, weil es kommen ja immer wieder UnternehmerInnen, die Afrikanische Palmen anbauen wollen. Da gibt es auch ein paar Jugendliche, die trotz ihrer Armut und all der Schwierigkeiten ihre Studien vorantreiben wollen – aber es sind doch wenige.

Ich erinnere mich mit einer gewissen Zärtlichkeit an diesen Ort, aber in diesen Zeiten ist es schwer, sich mit Leuten auseinander zu setzen, deren Mentalität so sehr vom Konsum geprägt, die alles ausbeuten wollen, ohne an die zukünftigen Generationen zu denken.

¡Fijáte! vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache **<http://fijate.guatemala.de>**

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abos: IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern